

## Politische Signale und Ehrgeizige Pläne für 2015

GIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VOM 18. DEZEMBER

Der Dezegbergipfel des Europäischen Rats war das erste Treffen unter Führung des neuen Ratspräsidenten Donald Tusk, und zugleich einer der kürzesten regulären Gipfel der Staats- und Regierungschefs überhaupt. Grund dafür war in erster Linie eine im Vergleich zu früheren Gipfeln kürzere Agenda. Bei ihrem letzten Treffen in diesem Jahr erörterten die Staats- und Regierungschefs die beiden Dauerthemen der letzten zwölf Monate: Stärkung des Wachstums in der EU und die Ukraine-Krise.

Zum einen stand die Förderung von Investitionen und Wachstum in Europa auf der Tagesordnung: Die Staats- und Regierungschefs signalisierten ihre politische Unterstützung für das 315-Milliarden-Investitionsprogramm der Europäischen Kommission. Darüber hinaus setzten die Staats- und Regierungschefs ehrgeizige Fristen für eine Reihe von Vorhaben fest (Transatlantische Freihandelsabkommen, Energieunion, digitaler Binnenmarkt).

Zum anderen diskutierten die Staats- und Regierungschefs beim Abendessen über die finanzielle und politische Unterstützung für die Ukraine sowie die EU-Haltung gegenüber Moskau. Der Gipfel sandte ein Signal der Geschlossenheit und bekräftigte die Aufrechterhaltung der bestehenden Sanktionen gegen Russland.

Die Erweiterungspolitik, die üblicherweise einen wichtigen Platz beim Dezegbergipfel einnimmt, spielte dieses Mal keine Rolle. Grund: Hier stehen anders als in den Vorjahren keine bedeutenden Entscheidungen an.

Beachtlich: Aufgrund einer schweren Regierungskrise nahm der liberale niederländische Ministerpräsident Mark Rutte kurzfristig nicht am Europäischen Ratsgipfel teil. Stattdessen ließ er sich

beim Gipfel durch seinen Parteifreund, den luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel, vertreten.

### 1. Stärkung von Investitionen

#### Hintergrund

Bereits bei den vergangenen Gipfeln gab es regelmäßig Differenzen zwischen zwei Gruppen: Ein Teil der Staats- und Regierungschefs – unter anderem die Bundeskanzlerin, ihre Kollegen aus Belgien, den Niederlanden, Finnland, Irland sowie Kommissionspräsident Juncker – vertritt eine klar auf Haushaltskonsolidierung basierende Wachstumspolitik. Dagegen drängen andere Länder auf mehr Spielraum bei den Staatsausgaben. Wortführer der zweiten Gruppe ist Matteo Renzi (S&D, Italien) mit der Forderung, Ausgaben, die Wachstum erzeugen, nicht bei der Defizitberechnung zu berücksichtigen: Staaten sollen also ungeachtet ihrer Staatsschulden Investitionen vornehmen können. Die grundsätzliche Notwendigkeit von Investitionen stellt hingegen keiner in Frage.

Kommissionspräsident Juncker hatte bereits im November seine Ideen zur Investitionsoffensive vorgelegt. Mit EU-Garantien, Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und etwaigen weiteren öffentlichen und privaten Beiträgen sollen Mittel in Höhe von rund EUR 315 Mrd. mobilisiert werden. Die Kommission hatte trotz der kurzen Vorbereitungszeit bei der Erstellung des Programms Vertreter der Mitgliedstaaten und auch der Wirtschaft miteinbezogen.

#### Schlussfolgerungen

Im Rahmen des Gipfels signalisierten die Staats- und Regierungschefs ihre politische

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

Dezember 2014

Unterstützung für das Investitionsprogramm. Konkret fordern sie die Einrichtung eines Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (European Fund for Strategic Investments - EFSI).

#### Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI)

Der Fonds soll EUR 315 Milliarden an neuen Investitionen im Zeitraum von 2015 – 2017 mobilisieren. Die Kommission ist beauftragt, im Januar 2015 einen Vorschlag zur Errichtung des EFSI vorzulegen. Damit Investitionen schon ab Mitte nächsten Jahres getätigt werden können, sieht der weitere Zeitplan die Diskussion und Verabschiedung bis Juni 2015 vor. Der EFSI wird zusätzlich zu den bereits bestehenden Initiativen innerhalb der EIB erschaffen. Die Mitgliedsstaaten leisten Einlagen direkt in den EFSI oder über ihre nationalen Förderbanken.

Das Investitionsprogramm steht allerdings nicht nur für sich, sondern wird von Maßnahmen flankiert: So sprach sich der Europäische Rat für weitere Initiativen und Bestrebungen aus, deren Erfolge und Fortschritte er regelmäßig überprüfen wird:

1. Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll mehr technische Assistenz leisten und eine Plattform für Investitionsberatung schaffen, deren Einsatz ab Mitte 2015 geplant ist. Damit bereits beantragte und zugesagte Projektmittel abgerufen werden können, ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedsstaaten und der Kommission notwendig.
2. Die Kommission sowie Unionsgesetzgeber sollen Kerninitiativen, die die Attraktivität der EU für Investitionen, Innovation und Produktion stärken, vorantreiben. Weiteres Ziel sind die bessere Integration der Kapitalmärkte sowie die Schaffung einer besseren – weil einfacheren und transparenteren – Gesetzgebung.
3. Die Vollendung des Binnenmarktes soll mit Nachdruck verfolgt werden.
4. Der Kommission soll bis März 2015 einen Vorschlag zur Energieunion vorlegen.
5. Eine verstärkte europäische und globale Zusammenarbeit soll Steuerumgehung und

aggressiver Steuerplanung entgegenwirken. Hier erwarten die Staats- und Regierungschefs bis Juni den Vorschlag der Europäischen Kommission zum automatischen Informationsaustausch über verbindliche Steuerauskünfte.

6. Die Kommission soll bis Juni eine Mitteilung zum Digitalen Binnenmarkt vorlegen.

7. Wachstumspotenziale erwarten die Staats- und Regierungschefs auch aus dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP). Hier sollen beide Verhandlungspartner „alles daran setzen, um die Verhandlungen über ein ehrgeiziges, umfassendes und für beide Seiten vorteilhaftes TTIP-Abkommen bis Ende 2015 zum Abschluss zu bringen.“

Darüber hinaus verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs eine kurze Erklärung zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU: Ein informeller Austausch zu diesem Thema soll beim kommenden Gipfel im Februar erfolgen. Danach sollen der Präsident des Europäischen Rats (Tusk, in seiner Eigenschaft als Präsident des Eurozonengipfels), der Europäischen Zentralbank (Draghi), der Europäischen Kommission (Juncker) und der Eurogruppe (Dijsselbloem) spätestens bis zum Juni 2015 einen Bericht zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen. Der Bericht dürfte u.a. die von Deutschland unterstützte Idee der Reformverträge und der stärkeren Verbindlichmachung des Europäischen Semesters erörtern. Die Mitgliedstaaten sollen dabei eng in die Diskussion miteinbezogen werden. Die Gründe: Die Positionen der Mitgliedstaaten liegen bei diesen Fragen weit auseinander. Zahlreiche Länder stehen der Forderung, bestehende Instrumente verbindlicher zu gestalten, bislang misstrauisch bis ablehnend gegenüber.

#### Bewertung & Ausblick

Die Schlussfolgerungen sind deutlich: sie beinhalten Strategien, die über Junckers Investitionsprogramm hinausgehen. Denn Europa braucht eine Investitionsoffensive. Dies ist allen Akteuren in Europa bewusst.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

Dezember 2014

Kommissionspräsident Juncker präsentierte sie deshalb vorzeitig. Dennoch bleibt die Frage: Handelt es sich um ein verfrühtes ‚Weihnachtsgeschenk‘, oder ist das Programm zu sehr von Leistungen und Beteiligungen der Mitgliedsstaaten abhängig? Einige Beobachter sehen die erhoffte Hebelwirkung der bisher zugesagten Summen als zu optimistisch an und hinterfragen die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten zur Leistung von Einlagen. Das Wort vom „Vertrag zu Lasten Dritter“ macht die Runde:

Insgesamt ist vorgesehen, dass der Fonds mit 21 Milliarden Euro die Besicherung der neuen EIB-Aktivitäten übernimmt, die dann über Projekte und Beteiligung von Investoren Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro ermöglicht. Aus dem EU-Haushalt sollen hierfür 16 Milliarden Euro bereitgestellt werden, von der EIB selbst 5 Milliarden Euro. Zusätzlich sollen Mitgliedstaaten Einlagen in den EFSI leisten. Entgegen der Hoffnungen einiger Mitgliedsstaaten sind die Einzahlungen in den Fonds Bestandteil der nationalen Haushalte. Trotz der Bitte Junckers kündigte bislang nur Holland an, dass Frankreich Einlagen tätigen werde. Deutschland wartet ab, welche Projekte genau finanziert werden sollen. Merkel hofft auf Investitionen in Infrastruktur, Digitalwirtschaft und Forschung. Unterdessen setzen Ungarn, Großbritannien und Polen auf Förderung der Atomenergie. Dies lehnt Österreich ab. Nach der Kreditabsicherung durch den Fonds müssten noch gut 300 Milliarden Euro von privaten Investoren angeworben werden. Beobachter fürchten, dass die Renditen nicht hoch genug sein könnten. Vertreter der südlichen Mitgliedstaaten äußerten sich zudem weniger begeistert über das Investitionsprogramm: In der Vergangenheit hatte die Erhöhung der Kapitaleinlage bei der EIB nicht dazu geführt, dass Investitionen alle Länder der EU gleichermaßen erreichten. Investiert wurde fast ausschließlich im Norden und Westen – in verhältnismäßig stabilen und weniger ‚bedürftigen‘ Ländern der Gemeinschaft; nicht im Süden oder Osten der EU. Grund: die seitens der Nord- und Westmitglieder vorgelegten Projekte erwiesen sich als förderungswürdiger. Entsprechend wünschen sich die südlichen Mitgliedsstaaten spezielle In-

vestitionen in ihrer Region. Der Erfolg der Steuerung von Investitionen hinein in bestimmte Regionen ist jedoch fraglich, da Investoren die Projekte wählen, die für sie am ertragsreichsten und sinnvollsten sind; und eben nicht dort, wo politische Hilflosigkeit und Not am lautesten kommuniziert wird. Bislang gibt es eine Liste von mehr als 2000 Projekten die von den EU-Mitgliedsstaaten für den Fonds vorgeschlagen wurden.

Eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hatte der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi gefordert. Ohne Erfolg: Unterstützt von anderen Staats- und Regierungschefs erteilte die Bundeskanzlerin diesem Ansinnen erneut eine klare Absage.

Die Fristen für zahlreiche Vorschläge und Vorhaben sind ehrgeizig: So wird ein erfolgreicher Abschluss der TTIP-Verhandlungen in 2015 schwer zu erreichen sein. Dies ist offenbar auch die Sichtweise der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström.

## 2. Ukraine & Russland

Im Rahmen des Abendessens diskutierten die Staats- und die Regierungschefs die aktuelle Lage in der Ukraine. Dabei ging es zum einen um die Unterstützung der Reformvorhaben der vor wenigen Wochen gebildeten Regierung unter Premierminister Arsenij Jazeniuk und zum anderen – im Lichte des dramatischen Verfalls des Rubels – um die Strategie der EU gegenüber Russland.

1. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Bildung einer neuen Regierung in der Ukraine. Darüber hinaus diskutierte der Gipfel über finanzielle Hilfen für die Ukraine. Hintergrund: Bislang hatte die internationale Gemeinschaft rund 15 Milliarden Euro zugesagt, davon rund 1,6 Milliarden aus der EU. Am Rande einer Sitzung des EU-Ukraine Assoziierungsrats am 15./16. Dezember in Brüssel, drängte Jazeniuk auf die Gewährung weiterer Mittel und die rasche Einberufung einer internationalen Geberkonferenz. Die Ukraine soll aber nach Schätzungen des

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

**Dezember 2014**

Internationalen Währungsfonds (IWF) weitere 12 Milliarden benötigen. Andernfalls droht dem Land zeitnah der Bankrott. In diesem Jahr schrumpfte die ukrainische Wirtschaft um 7%.

Die EU will eine weitere finanzielle Unterstützung von weitreichenden Reformen zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit abhängig machen. So haben sowohl die Kommission als auch mehrere Staats- und Regierungschefs in den letzten Wochen deutlich gemacht, dass sie nicht bereit seien ohne sichtbare Reformfortschritte eine internationale Geberkonferenz einzuberufen. Die EU bemängelt vor allem die zu langsame Umsetzung bisher beschlossener Reformen.

Die erst seit wenigen Wochen amtierende ukrainische Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Reihe ehrgeiziger Reformen in Aussicht gestellt: Steuerreformen (unter anderem eine Vereinfachung des Steuersystems), Deregulierung, transparente Privatisierung von Staatsbetrieben sowie umfassende Reformen zur Bekämpfung der Korruption in Justiz und Polizeiwesen. Die EU will aber vor weiteren finanziellen Zusagen Beweise sehen, dass diese Ankündigungen auch umgesetzt werden. Priorität hat vor allem die Bekämpfung der Korruption und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Letztlich bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihre Bereitschaft, die schwierigen Reformprozesse in der Ukraine finanziell zu unterstützen - allerdings unter strikter Orientierung an der Konditionalität des IWF. Konkrete Zusagen hinsichtlich der Höhe der Hilfe machten die Staats- und Regierungschefs noch nicht.

Eine entsprechende Geberkonferenz könnte nach Angaben des EU-Kommissars Johannes Hahn dennoch bereits Anfang kommenden Jahres stattfinden. Kurz vor dem Gipfel hatte Kommissionspräsident Juncker vor allem die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, die Ukraine finanziell zu unterstützen; das EU-Budget lasse hier nicht mehr viel Spielraum.

Eine militärische Unterstützung für die Ukraine steht weiterhin nicht auf der Tagesordnung. Hingegen sprachen die Staats- und Regierungschefs angesichts einer drohenden humanitären Katastrophe im Winter ausführlich über humanitäre Hilfe für die

Ostukraine und begrüßten die Bereitschaft der Kommission, die zugesagten Mittel nochmals zu erhöhen.

2. Ausführliche Diskussionen gab es zu den Beziehungen zu Russland. Bereits am Dienstagabend hatten Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande in einem Telefonat mit Präsident Putin und Präsident Poroschenko auf einen dauerhaften Waffenstillstand und ein rasches Treffen der Kontaktgruppe bestehend aus Russland, Ukraine und der OSZE gedrängt.

Während des Gipfels riefen die Staats- und Regierungschefs zur Einhaltung der von beiden Ländern im September unterzeichneten Minsk-Vereinbarung auf. Bislang hat Russland seine Zusagen allerdings nicht erfüllt; durch die fortwährende Unterstützung der Separatisten blockiert Russland die Umsetzung wichtiger Teile der im September getroffenen Vereinbarung. Die Vereinbarung einer Waffenruhe zu Wochenbeginn ist nur ein erster Schritt. Von einer Einhaltung des Abkommens ist Russland noch weit entfernt. Entsprechend vereinbarten die Staats- und Regierungschefs die Aufrechterhaltung der bestehenden Sanktionen. Die EU behält sich zudem weitere Schritte vor. Bei der Pressekonferenz nach dem Gipfel betonte die Bundeskanzlerin, dass man ohne weitreichende Zugeständnisse Putins die Sanktionen nicht zurücknehmen werde. Voraussetzung sei die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine. Der britische Premier Cameron und Kommissionspräsident Juncker sprachen sich ebenfalls klar für eine konsequente Haltung gegenüber Russland aus. Ratspräsident Tusk geht von einem langen Prozess aus und forderte die Einigung auf eine langfristige Strategie gegenüber Russland. Man dürfe nicht optimistisch, sondern müsse realistisch sein, so Tusk. Diese Aussage ist als Hinweis auf die Stimmen im Rat zu verstehen, die für eine nachgiebigere Haltung gegenüber Russland eintreten. Zuversichtlicher äußerte sich vor allem der französische Präsident Hollande. Bemerkenswert: Auch der italienische Premier, der zuletzt immer wieder für eine weichere Haltung gegenüber Russland propagiert hatte, stützte den Kurs der EU.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

Dezember 2014

Parallel zum Gipfel hatte die EU zudem neue Sanktionen gegen die von Russland annektierte Halbinsel Krim beschlossen. Diese betreffen u.a. den Tourismus-Sektor und Investitionen in die Erschöpfung von Rohstoffen im Schwarzen Meer: Insgesamt umfassen sie nahezu alle Formen des Wirtschafts- und Finanzverkehrs mit der Krim. Ab dem 20. März dürfen EU-Schiffe zudem keine Häfen der Krim mehr ansteuern. Die Sanktionen gegen die Halbinsel gehen noch einmal deutlich über die im Juni und Juli diesen Jahres verabschiedeten Maßnahmen hinaus. Mit diesem Beschluss zementiert die EU ihre Politik der Nicht-Anerkennung der Annexion der Krim durch Russland. Offenbar hatte sich Frankreich – letztlich erfolglos – für etwas schwächere Sanktionen eingesetzt. Grund: Frankreich hat recht intensive Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Halbinsel.

Weitere Sanktionen gegen Russland standen nicht auf der Agenda, da die bereits getätigten Maßnahmen bereits die gewünschte Wirkung zeigen.

Die Staats- und Regierungschefs waren darauf bedacht, Signale der Dialogbereitschaft an Russland zu senden und appellierten für eine Wiederaufnahme der Gespräche auf Basis der Minsker Vereinbarung. In den Schlussfolgerungen fordern die Staats- und Regierungschefs, auf Drängen der Niederlande, auch Zugang zur Unglücksstelle der MH-17.

Bei den kommenden Gipfeln ist eine kontroversere Debatte zu erwarten: die derzeit geltenden Sanktionen laufen zwischen März und Ende Juli 2015 aus und müssen dann mit allgemeinem Konsens aller Mitgliedstaaten erneuert werden. Die Hohe Vertreterin hat bereits angekündigt, dass eine erste Bestandsaufnahme der Sanktionen durch die Außenminister zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen soll.

Spätestens bei ihrem Treffen im März werden die Staats- und Regierungschefs die Lage in der Ukraine erneut diskutieren.

#### Kommentar

In Ihrer Politik gegenüber der Ukraine und Russland behält die EU ihren bisherigen

Kurs bei: Ihre Strategie in der Ukraine-Krise entspricht weiterhin der Linie der Bundesregierung. Sie umfasst drei Punkte: 1. Gewährung jeder erdenklichen nicht-militärischen Unterstützung für die Ukraine. 2. Aufrechterhaltung des politischen Drucks auf Russland durch die Sanktionen, 3. regelmäßige Signale zur Aufrechterhaltung des Dialogs mit Moskau.

Mit Rückblick auf das gesamte Jahr ist beachtlich, dass die EU in der Ukraine-Krise zwar oft umständlich und mit Verspätung, letztlich aber doch geschlossen agierte. Auch jetzt zeigte Europa beim Gipfel eine bemerkenswerte Einigkeit gegenüber Russland. Nach Meinung zahlreicher Beobachter hat Putin die Entschlossenheit der EU offenbar unterschätzt. Trotz der Währungs- und Wirtschaftskrise in Russland ist in Brüssel dennoch kein Triumphalismus zu vernehmen. Vielmehr äußern sich Vertreter der EU-Institutionen besorgt über die Folgen einer möglichen Depression in Russland. Die EU sieht die Sanktionen, wie auch die Bundeskanzlerin in ihrer Pressemitteilung betonte, nicht als Selbstzweck.

Irritierend ist dennoch, wie übereilt einige Gipfelteilnehmer inoffiziell bereits von einem grundlegenden Wandel in Putins Haltung sprachen und Optimismus verbreiteten. Die in den letzten Tagen vermittelten Signale zur Gesprächsbereitschaft sind nichts Neues. Bislang folgten den Ankündigungen keine Taten. Vor diesem Hintergrund ist die Skepsis mehrerer Regierungschefs und auch des Präsidenten des Europäischen Rats berechtigt.

Eine mögliche Erneuerung der Sanktionen im nächsten Jahr würde eine große Herausforderung darstellen. Darüber sollte die beim Gipfel in der Öffentlichkeit gefeierte Einigkeit nicht hinwegtäuschen.

#### 3. Amtsantritt des neuen Ratspräsidenten Donald Tusk

Der letzte Europäische Rat des Jahres war zugleich der erste unter Leitung seines neuen Präsidenten. Donald Tusk hatte bei seinem Amtsantritt am 1. Dezember vier Prioritäten für seine Amtszeit formuliert: Schutz europäischer Werte wie Einheit, Frieden und Solidarität gegen Anfeindungen von außen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

**Dezember 2014**

wie von innen, Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Stärkung der Rolle der EU auf internationaler Ebene – verbunden mit einer engen transatlantischen Partnerschaft - und Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Tusk ist bei den anderen Staats- und Regierungschefs geschätzt und pflegt enge Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren des Europäischen Rats, vor allem auch zur Bundeskanzlerin.

Dennoch werden die kommenden Monate auch für einen erprobten Staatsmann wie ihn eine Herausforderung: Sehr schnell wird er sich sowohl als Moderator als auch als inhaltlicher Impulsgeber bewähren müssen. Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen, die Schaffung einer Energieunion und die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung sind im Europäischen Rat durchaus kontroverse Themen. Der Bericht zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung wird zu einer ersten inhaltlichen Bewährungsprobe.

Angesichts der Fülle der Aufgaben wird wohl, wie schon unter van Rompuy, der Kabinettschef, Piotr Serafin, eine entscheidende Rolle einnehmen. Serafin war von 2010-2014 stellvertretender polnischer Außenminister und gilt als einer der einflussreichsten polnischen Europapolitiker überhaupt.

Donald Tusk wird seine Rolle nicht nur als die eines Moderators verstehen: insbesondere bei der Russland- und Ukraine-Krise wird er die Strategie des Europäischen Rats nachhaltig mitbestimmen. Bereits im Vorfeld dieses Gipfels hat Tusk sich deutlich geäußert: Russland sei derzeit für die EU eher ein strategisches Problem denn ein strategischer Partner.

Auch in anderer Hinsicht zeigte sich bereits der Stil des neuen Präsidenten: Der erste Europäische Ratsgipfel unter seiner Führung war ausgesprochen kurz und auch die Schlussfolgerungen waren ungewöhnlich knapp: Tusk hat sich zum Ziel gesetzt, die Schlussfolgerungen ergebnisorientierter zu formulieren und auch ausufernde Diskussionen zwischen den Staats- und Regierungschefs zu vermeiden. Das stößt nicht überall auf Verständnis: der Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Europäischen Parlament,

Guy Verhofstadt, bezeichnete das Treffen spöttisch als einen „Cola-light“-Gipfel.

Es bleibt gleichwohl fraglich, ob kurze Treffen wie der Dezembergipfel nun zur Regel werden: Schließlich hatte sich bereits Tusk's Vorgänger Herman van Rompuy eine Straffung der Ratsgipfel zum Ziel gesetzt. Gleichwohl sorgten die Eurokrise und außenpolitische Krisenherde immer wieder für kurzfristige Änderungen der Tagesordnung und langwierige Diskussionen. Nichtsdestotrotz waren die Gipfel bereits unter van Rompuy deutlich ergebnisorientierter als noch vor dem Lissabon-Vertrag.

Einige politische Akteure werden sich zudem möglicherweise an einen neuen Debattenstil gewöhnen müssen. So appellierte Tusk gleich zu Beginn des Gipfels an Parlamentspräsident Martin Schulz, das EP solle seine negative Haltung gegen ein Passagierdaten-Abkommen mit Kanada überdenken. In den letzten Jahren war es dagegen stets Schulz, der bei seiner Pressekonferenz vor jedem Gipfel Forderungen stellte und Belehrungen erteilte.

#### **4. Sonstiges**

Am Rande des Gipfels willigte der luxemburgische Premierminister Bettel ein, der Europäischen Kommission Details zu Steuerabreden mit internationalen Konzernen mitzuteilen. Bislang hatte Luxemburg nur einen Teil der Daten kommuniziert. Die Europäische Kommission hatte daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren in die Wege geleitet. Dieses wird nun eingestellt.